

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardswalde, Grotzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Dühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Lindbach, Losen, Mohorn, Müllig-Roitzsch, Ranzig, Reufirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Lintersdorf, Weistroy, Wilsberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pf. pro viergespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger selbst.

No. 17.

Soabend, den 7. Februar 1903.

62. Jahrg.

Von der Königlich Sächsischen Kommission für Geschichte sind den Gemeinden vor einigen Wochen Fragebogen zur Ermittlung der älteren Flussverhältnisse des Königreiches Sachsen zugegangen. Die Herren Gemeindevorstände werden veranlaßt, diese Fragebogen, soweit dies nicht bereits erfolgt sein sollte, umgehend auszufüllen und der genannten Kommission zu übersenden.

Meissen, am 2. Februar 1903.

Königliche Amtshauptmannschaft.

5945 A./02.

von Schroeter.

St.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche für Wilsdruff Blatt 659 auf den Namen des in Konkurs verfallenen Wälsfabrikanten **Hugo Vogel** in Wilsdruff eingetragene Grundstück soll am

28. März 1903, Vormittags 9 Uhr,

— an der Gerichtsstelle — im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Fuirbuche — Dekret 51,9 Ar groß und auf 21527 Mk. — Pf. geschätzt. Es grenzt mit 50 m Frontbreite an die W. 1. — und mit 80 m Frontbreite an die Wielandstraße. Das Grundstück, das zum Theil nach dem städtischen

Bauplane zu Straßenzwecken verwendet werden soll, besteht zur Zeit aus Gartenland mit einem schieferbedeckten Lagerstuppen, in dem ein massiver Pferdehals mit darüberliegender Geschirrkammer eingebaut ist. Das Grundstück eignet sich zu Bedienungszwecken.

Die Einsicht der Mittheilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist Jedem gestattet. Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 18. Dezember 1902 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Vertheilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Diesjenigen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einseitige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Wilsdruff, den 31. Januar 1903.

Königliches Amtsgericht.

Politische Rundschau.

Vom Kaiserhofe. Bei den Majestäten fand Mittwoch Abend ein großer Ball statt. Am Donnerstag empfing der Kaiser den österreichischen Militärattaché behufs Ueberreichung des Militär-Schematismus und hörte Militär-vorträge. Am Sonnabend wird der Monarch die Berliner Ausstellung für Spiritus- und Kartoffelverwertung besuchen, wobei auch der Reichskanzler zugegen sein wird.

Der deutsche Reichstag, aus dem die Obstruktion seit dem neuen Jahre vollkommen geschwunden ist, widmet sich gegenwärtig der zweiten Lesung des Reichshaushalts-etats. So erregte Debatten, wie sie die erste Etatslesung brachte, sind jetzt natürlich nicht mehr zu erwarten; immerhin hat es noch eine Fülle interessanter Einzelheiten gegeben und dahin gehend in erster Reihe die Aenderung des Wahlreglements nach der Richtung eines vermehrten Sauses des Wahlgeheimnisses. Die Zustimmung des Reichskanzlers, er werde einen dahingehenden Antrag im Bundesrathe einbringen, der Kanzler hat inzwischen seine Zustimmung bereits zur That werden lassen, hat bei der Mehrheit des Reichstages lebhafteste Zustimmung gefunden, nur die beiden konservativen Parteien wollen von der Neuerung, die für einige Staaten Süddeutschlands eine solche indessen gar nicht mehr ist, absolut nichts wissen. Es giebt einen moralischen Standpunkt, von dem aus man die geheime Wahl durchaus verurtheilen muß. Aber so wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, angesichts des Umstandes, daß Wahlbeeinflussungen thatsächlich in weitem Umfange vorgekommen sind, wird man den Schutz des Geheimnisses der Wahl als eine nützliche Maßnahme anzuerkennen haben. Von allgemeinem Interesse waren auch die Erörterungen über den freiständigen Antrag, betreffend die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise entsprechend der während der verfloffenen 30 Jahre eingetretenen Verschiebungen der Bevölkerung. Dieser Antrag, der schon zweimal, im Jahre 1882 und 1885, im Reichstage eingebracht worden war, hat auch dies Mal auf die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht zu rechnen. Infolge der Landflucht und der Ansammlung der Massen in den Städten und in den Industriezentren des Westens würden die ländlichen Wahlkreise durch die vorgeschlagene Neueinteilung der Wahlkreise eine erhebliche Schwächung ihres Wahlrechts erfahren. Es kann aber nicht im Interesse des Reiches liegen, die fehlerhafte Bevölkerung des Landes gegenüber den fluktuierenden Arbeitermassen der Städte politisch unbillig zu machen. Mag in anderen Ländern immerhin das Ergebnis jeder neuen Volkszählung zum Ausgangspunkte einer neuen Einteilung resp. Vermehrung der Wahlkreise genommen werden; es steht außer Frage, daß für das deutsche Reich die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes das Größtmögliche ist. Von den wichtigeren Ereignissen im Reichstage ist auch noch der angekündigte Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes Erwähnung zu thun. Die Aufhebung dieses Paragraphen entbehrt zwar einer besonderen politischen Bedeutung, ist aber gleichwohl vom Centrum

und mehr oder weniger auch von allen übrigen Parteien des Reichstages willkommen geheißen worden.

Deutscher Reichstag. Am Mittwoch wurde die Beratung des Etats des Reichskanzlers und des dazu vorliegenden Antrags Barth (fr. Berg.) auf Neueinteilung der Reichstagswahlkreise fortgesetzt. Abg. Vertel (konf.) hoffte, daß die theilweise Aufhebung des Jesuitengesetzes den konfessionellen Frieden nicht beeinträchtigen werde, wendete sich gegen den Antrag Barth und hielt für seine Person Diäten für notwendig. Abg. Hoffmann (Südd. Volksp.) sprach über Krieg und Frieden, und das in so ausführlicher Weise, daß der Präsident ihn wiederholt zur Sache rufen mußte. Der Redner meinte dann immer unter schallender Heiterkeit des Hauses, es wäre doch schade, wenn er das nicht vortragen wollte. Abg. Gröber (Chr.) trat für die Aufhebung des ganzen Jesuitengesetzes ein, ferner für Diäten. Für den Antrag Barth sei die Zeit noch nicht gekommen. Abg. Dr. Wiemer (fr. Vp.) befürwortete diesen Antrag.

Deutscher Reichstag. Die Beratung des Etats des Reichskanzlers nahm auch am Donnerstag ihren Fortgang. Abg. Ledebour (Soz.) hielt eine mehrstündige Rede, in der er das Verhältnis zwischen Regierung und Zentrum beleuchtete, einen Antrag in Aussicht stellte, Wahlen Sonntags vorzunehmen, für Diäten eintrat, den Antrag Barth auf Neueinteilung der Wahlkreise befürwortete und endlich die Politik des Reichskanzlers, innere wie äußere, einer abfälligen Kritik unterzog. Reichskanzler Graf Bülow betonte, daß er kein Freund von abenteuerlicher Politik sei. In Venezuela wollten wir gemeinsam mit England und Italien nichts anderes, als Sicherheit, Leben und Eigentum unserer dortigen Landsleute schützen. Er, der Kanzler, gehe in seiner Auslandspolitik den goldenen Mittelweg und lasse sich nur leiten von nüchternen Erwägung der Interessen des deutschen Volkes. Wenn diese Interessen Weltinteressen geworden seien, dann müsse aber auch unsere Politik eine Weltpolitik sein. Herr Ledebour habe sich auch wieder mit dem Kaiser beschäftigt. Er, Bülow, sei der Meinung, daß die Person des Kaisers so selten wie nur möglich in Erörterung gezogen werden sollte, und nach seinen jüngsten ausführlichen Darlegungen lehne er es ab, Herrn Ledebour weiter hierüber Rede zu stehen. Abg. Gamp. (frkonf.) dankte für diese Erklärung. Abg. Jansen (Däne) führte Beschwerde über die Ausweitungspolitik in Nordschleswig. Abg. v. Glebocki (Pole) nannte die Marienburger Kaiserrede einen Aufruf zum Kampf gegen die Polen, wofür er zur Ordnung gerufen wurde. Nach einer Erwiderung des Staatssekretärs Grafen Bosadowsky wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Die venezolanische Streitfrage scheint ihre Lösung in einem zwar keineswegs glänzenden, aber doch wenigstens annehmbaren Kompromiß finden zu sollen. Die Mächte, welche Kosten und Mühe aufgewendet haben, um den lästigen venezolanischen Schuldner endlich einmal aufzurütteln, haben damit das Recht erworben, vor den anderen

Gläubigern Venezuelas befriedigt zu werden. Da zu diesen Gläubigern Frankreich und die nordamerikanische Union gehören, die den Blockade-Mächten ein erhebliches Vorrecht nicht einräumen wollen, da andererseits aber im Interesse des Weltfriedens Reibungen zwischen den Mächten unter einander vermieden werden müssen, so werden sich Deutschland, England und Italien wohl am Ende damit begnügen, wenigstens prinzipiell eine Anerkennung ihres wohl erworbenen Rechtes zu erhalten, indem ihnen für ein Vierteljahr ein Vorrecht zu Theil werden wird. Ein Vorrecht auf ein Vierteljahr, dann wieder gleiche Rangirung mit den übrigen Mächten, die für Eintreibung ihrer Forderungen keinen Finger gerührt haben, das ist wenig, aber immerhin doch besser als nichts und man wird zufrieden sein müssen, wenn die Lösung der venezolanischen Streitfrage auf dieser Grundlage erfolgt. — Herr Castro ist über die diplomatischen Verhandlungen in Washington natürlich weit erhaben; mit der Phantasie des Südländers erfindet er vielmehr inzwischen die wunderbarsten Geschichten, die den Zweck verfolgen, Deutschland bei den Vereinigten Staaten in Mißkredit zu bringen. So hatte er das Gerücht verbreitet, die blockirenden Mächte hätten ein sofortiges Bombardement der Forts von La Guaire angekündigt, wenn sich noch einmal venezolanische Truppen in der Stadt bilden ließen. Castro veräumte nicht, hinzuzufügen, daß diese Drohung um so unbegreiflicher sei, als bisher venezolanische Truppen die Aufständischen berührt hätten. Die Blockade-Mächte wurden also der kompletten Barbarei bezichtigt. Natürlich ist an diesen Bezeichnungen auch nicht ein einziges wahres Wort. Die Ankündigung eines Bombardements auf die Forts von La Guaire ist niemals und von keiner Seite erfolgt. Wie alle Lügen, so haben auch die des Präsidenten Castro nur kurze Beine. So auch die, welche gestern von einer vollständigen Unterdrückung des Aufstandes sprachen. Es ist so wenig wahr, daß die Castroschen Truppen ihrer Gegner Herr geworden sind, daß vielmehr im Gegentheil die auf eine sehr ansehnliche Stärke angewachsene Streitmacht des Generals Malos unmittelbar vor den Thoren von Caracas hält, so daß die Lage des Präsidenten Castro anscheinend gefährlich ist. Je schneller dieser Bandit verschwindet, um so besser ist es natürlich.

Chamberlain hat in Südafrika Triumphe über Triumphe gefeiert, und wenn der ungekrönte König Englands in die Heimath zurückkehrt, wird es ihm auch dort an außerordentlichen Ehrungen nicht fehlen. Er hat dem Reiche die unerschöpflichen Goldgruben von Johannesburg einverleibt, und ob auch an jedem Pfunde Gold, das da gewonnen wird, ein Blutstropfen und eine Thräne klebt, was macht es dem Colonialminister, der stolz und selbstbewußt auf die Schätze hinweist und ausruft: Die habt Ihr mir zu danken. Der Erfolg hat sein Werk gethätigt, da es aber ein blutiges und schlechtes Werk war, das er vollbracht, so wird die Vergeltung nicht ausbleiben. In Oesterreich-Ungarn und Rußland arbeitet man eifrig, um